

## EU, Marokko und die aktuellen Entwicklungen in der Sahelzone

INTERNATIONALES SEMINAR IN RABAT AM 10. SEPTEMBER ZU DEN HERAUSFORDERUNGEN DER SAHEL-KRISE FÜR DIE REGIONALE UND INTERNATIONALE SICHERHEIT

**Der Sturz des malischen Präsidenten Amadou Toumani Touré durch die mali-sche Armee am 22. März 2012 und die einseitige Erklärung der Unabhängigkeit Nordmalis durch Touareg-Rebellen der „Nationalen Bewegung für die Befreiung des Azawad“ (MNLA) am 6. April, unterstützt durch die islamistische Vereinigung Ansar Ad-Din, haben die Sahelzone als Risikogebiet für die regionale und internationale Sicherheit wieder in die internationale mediale Öffentlichkeit gebracht. \***

Bereits in den letzten Jahren, aber auch verstärkt durch den Fall des Qadhafi-Regimes in Libyen, hat die organisierte Kriminalität kombiniert mit terroristisch-djihadistischen Netzwerken in der Sahel-Zone eine neue Dimension erreicht. Die Grenzen zwischen kriminellen Banden, ideologisch motivierten terroristischen Netzwerken und Verstrickungen staatlicher Akteure in die organisierte Kriminalität sind fließend. Islamistisch-djihadistische Netzwerke wie Al-Qaida im islamischen Maghreb (AQMI), Ansar Ed-Dine, die Bewegung für Einheit und Dihad in Westafrika (Mujao) und die Harakat al-Schabab al-Mudjahidin (Bewegung junger Glaubenskrieger) konnten durch ihre Erlöse aus Kokainschmuggel und durch beträchtliche Lösegeldzahlungen westlicher Regierungen zur Befreiung entführter Staatsbürger ihre politische Macht

gegenüber staatlichen Akteuren und regionalen Clans ausbauen.

Die betroffenen Staaten der Sahel-Zone, in der Regel definiert als geografischer Streifen bestehend aus Mauretanien, Mali, Niger, Tschad, Sudan sowie angrenzenden Gebieten Algeriens und Libyens, haben unterschiedliche internationale und regionale Kooperationsrahmen (Vereinte Nationen, ECOWAS, Afrikanische Union) zur Lösung der Sicherheitskrise in Erwägung gezogen. Konkurrierende Ansichten über den geeigneten Rahmen zur Konfliktlösung haben einen kollektiven Lösungsansatz bisher erschwert.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat in Kooperation mit dem Institut Royal des Etudes Stratégiques (IRES) am 10. September in Rabat eine internationale Vortrags- und Diskussionsrunde veranstaltet. Die Veranstaltung widmete sich den Fragen nach den Ursachen und Folgen der aktuellen Sicherheitssituation in der Region, möglichen Auswirkungen auf angrenzende Staaten wie Marokko aber auch auf Europa sowie Möglichkeiten und Grenzen von regionaler bzw. internationaler Kooperation zur Lösung und Verbesserung der Lage.

Teilnehmer der Veranstaltung waren Vertreter aus Wissenschaft, Politik, Diplomatie und Zivilgesellschaft.

---

\* Für wertvolle Anregungen bedanke ich mich bei Inez Freiin von Weitershausen.

**MAROKKO**

DR. ELLINOR ZEINO-MAHMALAT

September 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/marokko](http://www.kas.de/marokko)

Im ersten Teil der Veranstaltung wurden Ursachen, Akteure und Verlauf der Mali-Krise und die Sicherheitssituation in der weiteren Sahel-Zone diskutiert.

Einführend wurde von Mohammad Tawfik MOULINE, Direktor des IRES, und Dr. Helmut REIFELD, Leiter des KAS-Auslandsbüros in Marokko, auf die gegenwärtigen negativen Entwicklungen in der Sahelzone in den Bereichen Terrorismus, religiöser Extremismus, organisierte Kriminalität und Drogenhandel, mangelnder (Rechts)staatlichkeit und humanitäre Lage hingewiesen.

Auch Marokko ist als Transitland für illegale Zuwanderer und Drogen, als mögliche Zielscheibe von terroristischen Angriffen und durch die geographische Nähe zu Staaten wie Mauretanien und Algerien von diesen Vorgängen unmittelbar betroffen und hofft auf eine effektive regionale und internationale Antwort auf die vielfältigen Probleme der Sahelzone.

Professor Baz LECOCQ von der Universität Ghent wies bei seiner Einschätzung zur gegenwärtigen sicherheitspolitischen Lage in der Sahelzone und insbesondere in Mali auf das Problem mangelnder staatlicher Kontrolle hin.

Nach der Ausrufung der unabhängigen Republik Azawad im Norden Malis durch die 2011 gegründete Tuareg-Miliz MNLA (Mouvement Nationale de Libération de l'Azawad) unterstützt durch die salafistische Gruppe Ansar Ad-Dine, ist es der Zentralregierung in Bamako noch nicht gelungen die Gebiete wieder unter ihre staatliche Kontrolle zu bringen. Ansar Ad-Dine soll dem Netzwerk der Al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM) nahestehen und verfolgt die Errichtung eines Schariastaats. Die Zweckallianz zwischen den sich als säkular proklamierten Tuareg-Führern und der salafistischen Gruppierung ist daher nicht zuletzt aufgrund verschiedener Ansichten bezüglich der Durchsetzung der Scharia fragil und hat bereits zu Kämpfen beider Gruppen gegeneinander geführt.

Bei der Beurteilung salafistischer Gruppen in der Sahelzone wies Lecocq auf die Verbindung zwischen organisierter Kriminalität wie Kokainhandel und Lösegelderpressungen zur Stärkung der finanziellen Basis und ihrer ideologischer Ausrichtung hin. Seiner Ansicht nach hat sich die Internationale Gemeinschaft bisher zu sehr auf die kriminellen Aktivitäten konzentriert und dabei nur unzureichend erkannt, dass diese Aktivitäten letztendlich der finanziellen Unterstützung des politischen Dжихads dienen.

Professor Adil MOUSSAOUI von der Universität Mohammed V-Souissi sprach sich dafür aus, bei der Beurteilung der Sicherheitslage die Sahelzone nicht nur als geopolitische Einheit zu begreifen, sondern auch als Region mit kulturellen und historischen Besonderheiten. Das internationale Interesse an den Ressourcen und insbesondere die französisch-chinesische Konkurrenz um regionale Ölressourcen überlagern dabei unterschiedliche internationale, regionale und lokale Interessen.

Ogleich Moussaoui sich für einen regionalafrikanischen Problemlösungsansatz aussprach („African solutions to African problems“), unterstrich er gleichzeitig die Notwendigkeit einer internationalen Sicherheitsstrategie. In diesem Zusammenhang verwies er auf die seit 2002 bestehende amerikanische Initiative zur Bekämpfung von Terrorismus und Drogenhandel. Nahrungsmittelknappheit aufgrund wiederkehrender Dürreperioden bei gleichzeitigem rapidem Bevölkerungswachstum, poröse und umkämpfte Grenzen sowie große und kaum kontrollierbare Territorien haben die Region in einen Zustand „chronischer Krisen“ gebracht, der laut Moussaoui nur durch regionale und internationale Kooperation überwunden werden kann.

Dr. Wolfram LACHER von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin nannte die Gefahr einer regionalen Eskalation, sollte die malische Armee der Zentralregierung in Bamako eine militärische Offensive in Nord-Mali starten. Im Moment sieht Lacher die salafistischen Gruppen im Norden Malis in einer starken Position, die zur Zeit keine

**MAROKKO**

DR. ELLINOR ZEINO-MAHMALAT

September 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/marokko](http://www.kas.de/marokko)

gute Ausgangsbasis für Verhandlungen seitens der Zentralregierung bietet.

Zur kooperativen Lösung des Konflikts in Mali betonte Lacher die Wichtigkeit der Einbindung Algeriens in regionale Kooperationsinitiativen. Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS biete keinen angemessenen Kooperationsrahmen, da weder Algerien noch Mauretanien Mitglieder der Organisation sind und beide Länder eine militärische Intervention der ECOWAS ablehnen. Algerien sei hingegen ein Schlüsselstaat für die regionale Sicherheit in der Sahelzone. Europäische Konfliktlösungsinitiativen sollten daher nicht in Konkurrenz zur algerischen Politik treten. Die Europäische Union solle sich vielmehr darum bemühen, regionale Lösungsvorschläge von der ECOWAS auf eine umsetzungsfähigere Kooperationsebene zu bringen.

In der Vergangenheit haben die EU-Staaten vielfach eine kontraproduktive Rolle für die regionale Sicherheit gespielt, da sie durch hohe Lösegeldzahlungen terroristisch-kriminelle Gruppierungen gestärkt und zum Aufbau eines regelrechten „Entführungs-Businesses“ mit beigetragen haben.

In der anschließenden Diskussion wurde die Algerienfrage – aus marokkanischer Sicht eines der Hauptproblemfelder – weiter debattiert. Von marokkanischer Seite wurde vorgetragen, dass Algerien versuche, Marokko bei regionalen Sicherheitsfragen auszugrenzen. Gleichzeitig wurde darauf hingewiesen, dass Mali eine natürliche kulturell-historische „Verlängerung“ Marokkos sei. Während der marokkanischen Saadier-Dynastie von 1555 bis 1659 waren Timbuktu und Gao marokkanische Kolonien [Anmerk. d. A.]. Marokko müsse als integraler Bestandteil der regionalen Sicherheitsordnung verstanden werden. Die EU solle daher nach marokkanischer Ansicht stärker Druck auf Algerien ausüben, damit eine regionale Kooperation unter Einschluss Marokkos gefunden werden kann. Ebenso wurde gefordert, dass die EU die mutmaßlichen Verwicklungen der Polisario in der Westsahara in kriminelle und terroristische Machenschaften (Drogenhandel, Kidnapping-

Business, Kollaboration mit terroristischen Gruppen) bestätigen und verurteilen solle.

**Marokkanische Interessen in der Sahel-Krise**

Der zweite Teil der Veranstaltung widmete sich den marokkanischen Interessen, aber auch den möglichen Folgen und Risiken, denen sich Marokko seit der Verschlechterung der Sicherheitslage in der Sahelzone ausgesetzt sieht.

Neyha ALAOUI M'HAMMDI, Leiterin des Programms Westafrika im marokkanischen Außenministerium, betonte Marokkos Interesse an der territorialen Integrität Malis sowie Marokkos Unterstützung der ECOWAS zur Stabilisierung der Lage.

Der marokkanische Direktor für Einwanderung und Grenzüberwachung, Khalid ZEROUALI, wies auf die Problematik hin, dass die Trennlinie zwischen organisierter Kriminalität und transnationalem Terrorismus sowie zwischen staatlichen und kriminellen Akteuren nicht mehr klar erkennbar sei. In illegale Aktivitäten wie Drogen-, Menschen- und Waffenhandel seien rein kriminelle als auch extremistische und staatliche Akteure verwickelt. Man müsse daher in der Sahelzone nicht nur von „failed“ oder „weak states“, sondern auch von „criminalized states“ sprechen.

Ebenso sei auch Europa von der Kriminalisierung der Sahelzone betroffen. Etwa 20 Prozent des Kokainkonsums in Europa wird bereits über Westafrika importiert.

Noureddine GLAOUI von der Generaldirektion der Nationalen Sicherheit beschrieb die Bedrohung durch terroristisch-kriminelle Netzwerke in der Sahelzone wie AQMI, Mujao, die Schabab-Bewegung, oder die nigerianische Bewegung Boko Haram, die mittels Lösegelderpressungen, Piraterie, Waffen- und Drogenhandel als Endziel die Erschaffung eines islamischen Kalifats in der Region anstreben. Nach Glaouis Einschätzung ist Marokko, das von den djihadistischen Gruppierungen als jüdisch-christlicher Verbündeter gesehen wird, ein potenzielles Hauptangriffsziel von AQMI. Seine Behörde

## MAROKKO

DR. ELLINOR ZEINO-MAHMALAT

September 2012

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/marokko](http://www.kas.de/marokko)

habe bereits mehrere Zellen der AQMI in Marokko aufgedeckt.

In der anschließenden Debatte wurde von Lacher festgehalten, dass es keine genauen Daten über die Organisation des Kokainhandels gebe. Zudem spielen auch der Schmuggel von Benzin, Medikamenten und Zigaretten sowie der Handel von marokkanischem Haschisch für die kriminellen Netzwerke eine lukrative Rolle. Da es sich eher um Drogentransport, als um Drogenproduktion handele, müsse man laut Lacher eher von einer „Mexifizierung“ statt von einer „Afghanistanisierung“ der Sahelzone sprechen.

Von Zerouali wurde entgegen gehalten, dass die Erlöse aus dem Handel mit marokkanischem Haschisch ein deutlich geringeres Volumen als solche aus dem Kokainhandel aufweisen. Der Cannabishandel stelle daher bei weitem nicht die gleiche Sicherheitsbedrohung wie der Kokainhandel dar. Zudem bemerkte Zerouali, dass Marokko internationale Hilfe für seine Anti-Cannabis-Politik eingefordert habe und seit 2003 verstärkt gegen den Cannabis-Anbau vorgehe.

### **Chancen und Hindernisse für regionale Kooperationsansätze**

Der dritte Teil des Programms beschäftigte sich mit Chancen und Hindernissen für eine effektive regionale Kooperationsstrategie in der Mali-Krise.

Professor Fernando REINARES, Sicherheitsexperte des Real Instituto Elcano in Spanien, setzte sich kritisch mit der Sahel-Politik der EU auseinander. Mit der SSDS (Strategy for Security and Development in the Sahel) von 2011 verfüge die EU über eine Stabilisierungsstrategie zur Förderung guter Regierungsführung, wirtschaftlicher Entwicklung und Konfliktbeendigung. Gleichzeitig aber haben die Ereignisse in Libyen dazu geführt, dass sich der Diskurs zugunsten von militärischen Interventionen verstärkt habe. Eine militärische Intervention würde jedoch von einer Vielzahl (nord)afrikanischer Staaten als Einmischung in innere regionale Angelegenheiten wahrgenommen. Zudem löse nach Reinales eine

Intervention nicht die tiefer liegenden Probleme fehlender (Rechts-)staatlichkeit.

Ebenso bestätigte Professor Abderrahmane MEKKAOUI von der Universität Hassan II-Casablanca, dass Marokko einer militärischen Intervention in Mali und einer externen Einmischung in die inneren politischen Angelegenheiten von Mali skeptisch gegenüber stehe. Zudem beschrieb er Mali als Teil von Marokkos nationaler Sicherheitszone („zone de la sécurité nationale“) und betonte die engen kulturell-spirituellen Beziehungen zwischen Mali und Marokko (Timbuktu als Pilgerstätte für marokkanische Marabout-Verehrer).

Als Fazit der Debatten kann festgehalten werden, dass kein gemeinsamer Nenner bei der Frage nach einer geeigneten kollektiven Konfliktlösungsebene gefunden werden konnte. Die Frage, welche regionalen Akteure wie und über welchen Konfliktlösungsmechanismus miteinbezogen werden sollten, blieb offen. Die Debatten spiegelten somit auch die regionale Situation wieder, in der insbesondere die regionale Rolle Algeriens sehr kontrovers diskutiert wird.

Dennoch wurde einvernehmlich festgehalten, dass die militärischen, politischen, humanitären, kriminellen und ideologischen Herausforderungen der Sahelkrise nur durch kollektive Maßnahmen und durch Einbindung der betroffenen Regionalstaaten gelöst werden könne.